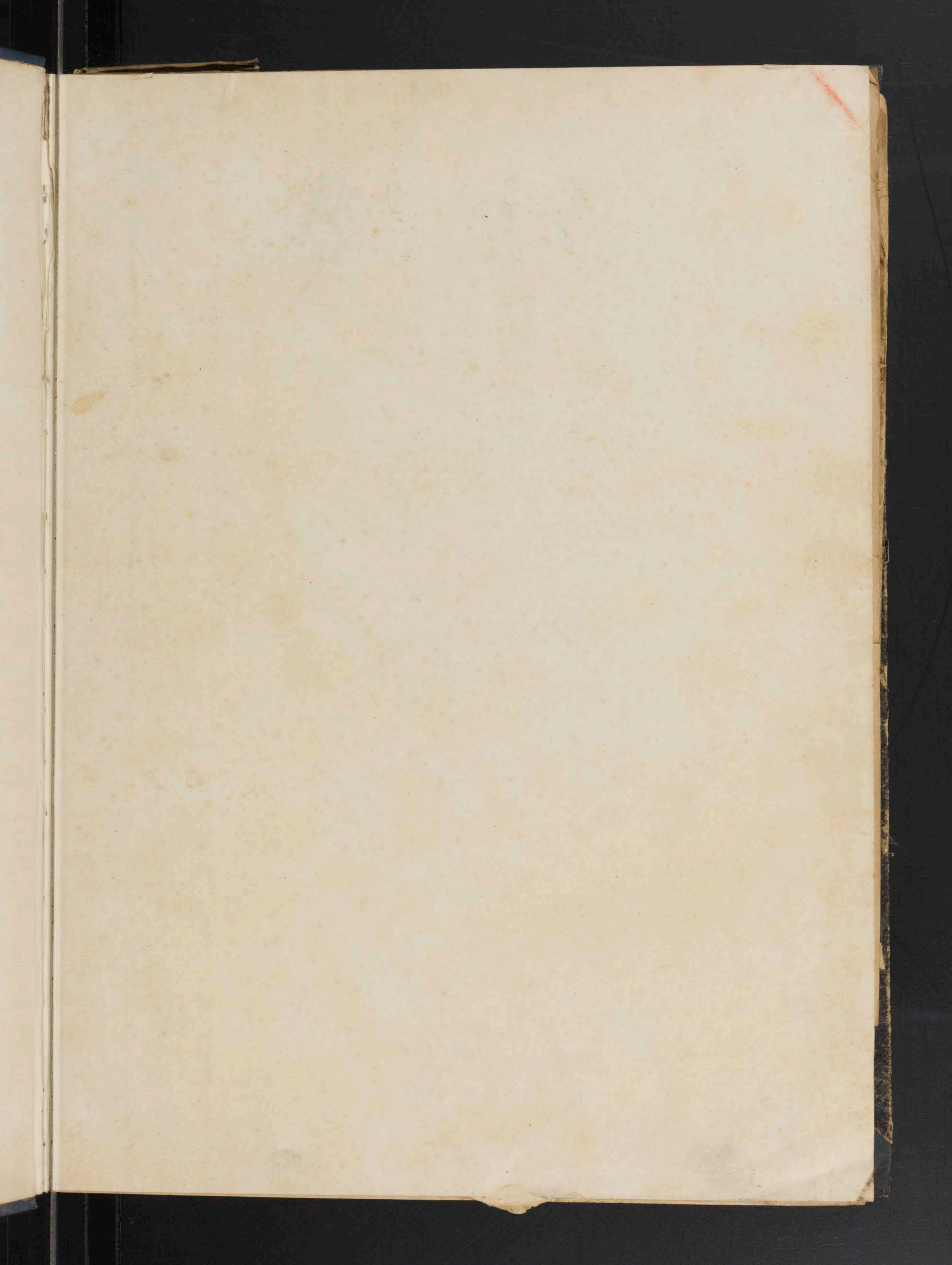



IN
MEMORY
OF
HERBERT
OFFEN
RH



III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, VOLKMARSTRASSE 5
TEL.: HOTT. 5217

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 105	13. August 1920	כ"ט אב תר"ף	Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Die jüd. Welthilfskonferenz in Karlsbad.

Am 5. August, Vormittags, wurde im Kurhaussaale in Karlsbad die Welthilfskonferenz in Anwesenheit von über 80 Delegierten aus 28 Staaten und zahlreichen Gästen durch Dr. Leo Motzkin eröffnet, der vor allem der Tschecho-Slovakei für die gewährte Gastfreundschaft dankte. Die Konferenz sei nur der Anfang einer Organisation, nur der erste Schritt zu einer Vereinheitlichung und programmatischen Beantwortung der grossen Aufgaben der Rekonstruktion des jüd. Wirtschaftlebens. Alle bisherigen Aktionen, so grosszügig sie auch gewesen sind, haben fast ausschliesslich nur dem Augenblick gedient; wirkliche Hilfe könne nur Aufbauarbeit sein. Die Hilfe solle überall nach bestimmten sozialen Grundsätzen durchgeführt werden. Die Leiter des Hilfswerkes sollen von den hilfebedürftigen Ländern selbst bestimmt werden. Als das Komitee der Jüd. Delegationen vor mehr als einem Jahre den Gedanken einer jüd. Welthilfskonferenz fasste, so führte Dr. Motzkin aus, habe Louis Marshall, der damalige Vorsitzende des Komitees und zugleich Vorsitzender des „American Jewish Relief Committee" seine Sympathien für die Sache ausgedrückt. Später erklärte allerdings der Vorsitzende des Joint Distribution Committee, dass einer jüd. Welthilfskonferenz, mit Rücksicht auf den Antisemitismus, gewisse Bedenken gegenüber stehen, sprach sich jedoch im übrigen nicht entschieden in negativem Sinne aus und versprach, die ganze Angelegenheit in Amerika objektiv vorzulegen. Das Komitee der Jüd. Delegationen entsandte mit Rücksicht auf die im Joint herrschenden Meinungsverschiedenheiten einen speziellen Delegierten nach Amerika. Während nun fast alle anderen Hilfsorganisationen dem Rufe freudig gefolgt sind, erfolgte im Joint die Ablehnung mit einer einzigen Stimme Majorität. Grosse Probleme stehen der Hilfskonferenz bevor; aber wenn es eine Rettung gibt, so bestehe diese nur in der Vereinigung aller Kräfte. Motzkin widmete des weiteren den Pogromopfern Worte des Gedenkens, die, stehend angehört, besonderen Eindruck machten.

Hierauf wurde ein Begrüssungstelegramm des Präsidenten Masaryk verlesen, worin er für die Einladung zur Konferenz dankt und bedauert unaufschiebbarer Staatsgeschäfte wegen an der Konferenz nicht teilnehmen zu können; er wünsche der Welthilfskonferenz und ihren humanitären Bestrebungen vollen Erfolg. Dr. Ludwig Singer, Präsident des Jüd. Nationalrates für die Tschecho-Slovakei begrüsste sodann die Konferenz zuerst in tschechischer und dann in deutscher Sprache und wies auf die Bedeutung der Tschecho-Slovakei für die Emigration hin, wobei er auch die Anerkennung des nationalen Bekenntnisses der Juden durch die Tschecho-Slovakische Regierung hervorhob. In der Person des Präsidenten Masaryk liege die Gewähr, dass die sittlichen Bestrebungen des jüd. Volkes stets verstanden würden. Prof. Simonsen (Kopenhagen) erklärte in seiner Begrüssungsrede keineswegs zu befürchten, dass durch eine derartige interterritorielle Versammlung der Antisemitismus erweckt werden würde, da er schon erwacht sei. Er vermisse mit Schmerz jene grossen Organisationen, die die Zeit für eine derartige Versammlung noch nicht reif gehalten haben und danke dem K. d. J. D., für die Einberufung der Konferenz. Sliosberg überbrachte den Gruss der gesamten russischen Judenheit. Er spreche im Namen aller Brüder, die gelitten haben und verbluteten, aber auch im Namen derjenigen, die noch zu leiden haben und die leider noch als Opfer fallen werden. Die Leichtgläubigen, die da denken, dass die Judenheit mit geheimen politischen Mitteln die Welt beherrschen will, mögen hier hören, was für ein ungeheures Verbrechen an der Menschheit verübt worden ist. Das jüd. Blut sch[illegible]en- nicht um Rache, aber um Gerechtigkeit. Wir [illegible]s über die Welt belehren, dass wir noch immer [illegible] und Louis rechtigkeit glauben. Alexander K[illegible] [illegible]emeindebundes der des [illegible] Relief Committ[illegible] Harburger namens [illegible]mitees für notleidende jüd. Auslandskinder vernung a[illegible]ist, werden wir ausführlicher in unserer nächsämtli[illegible] Nummer veröffentlichen. Dr. Klee teilt die Konen g[illegible]ierung des Permanenzausschusses mit, der beJuden[illegible]lere Kommissionen für die Emigrationsfrage, Fürhelfe[illegible]getätigkeit im engeren Sinne (Kinder, Jugend, Die [illegible]nke und Greise, alles was man unter dem Schlagdass [illegible] „schnelle Hilfe" zusammenfassen kann), Aufheit [illegible] Berufsumschichtung, Arbeitshilfe, Rohstoffversor-Brüder Kooperative) u. Finanzen u. Organisation bestimmt. Seele un[illegible]tag Vormittags sämtliche Kommissionen tagen die Jude[illegible] [illegible]rden die Plenarsitzungen für Sonntag Nachund So[illegible]agt. siegen wird

Allen [illegible]en weiteren Sitzungen hat, wie uns teleder Rede [illegible] berichtet wird, Sokolow in seiner Angerte. M[illegible] auf die grossen Hoffnungen, die die jüd. indem [illegible] auf die Hilfskonferenz setzen, hingewiesen Vorsit[illegible]men Aufruf vorgeschlagen, zu Gunsten einer treff[illegible] Besteuerung für Volksrettungszwecke. Die Reihe [illegible] Landesberichte wurde nach Referaten von Myer [illegible]ber England, Safaranas über Griechenland, Berger über Wilna und Kogan über Skandinavien abgeschlossen, und die Generaldebatte mit dem Referat Salkinds über die Formen der Schnellhilfe eingeleitet.

Resolutionen der Zion. Jahreskonferenz.

(Fortsetzung.)

Beschlüsse der Kommission für nationale Arbeit in der Diaspora.

1.) Die Zion. Jahreskonferenz billigt die von der Londoner Zion. Konferenz vom Februar 1919 und von verschiedenen Landesverbänden ergriffene Initiative zur Schaffung eines Institutes zur Vertretung der bürgerlichen, politischen und nationalen Emanzipation vor der Friedenskonferenz. Im Einklang damit begrüßt die Jahreskonferenz die früheren Aktionen zugunsten der Schaffung des amerikanischen jüd. Kongresses, der Ukrainischen National-

Kriegsopfer zu lindern, aber bald zeigte es sich, dass es mehr Opfer des Unfugs im Kriege waren, als eigentliche Kriegsopfer. Er bespricht die Tätigkeit der „Jekopo", „Ort", „Ose" und „Ope". Die Gesetze für diese Institutionen seien nicht etwa von Petrograd diktiert worden, sondern das Komitee habe sich allmählich demokratisch ausgebildet und in den letzten Jahren gab es ein Zentralkomitee, worin alle Parteien vertreten waren. Die Freude über die Erreichung der Gleichberechtigung nach der Revolution währte nicht lange, da die Juden in ihrer wirtschaftlichen Existenz vollkommen vernichtet wurden. Gerade die städtische Bevölkerung habe ihre ökonomische Selbständigkeit gänzlich eingebüsst. Die Judenmassakers, von denen die Ukraine heimgesucht wurden, schlugen auch ihre Wellen bis nach Grossrussland, wo viele Städte von den vagierenden Banden überfallen wurden. Wieder gab es Flüchtlinge in Menge. Ueber die Zahl der Hilfebedürftigen in Sowiet-Russland, kann man kaum feste Angaben machen, da der Begriff Sowiet-Russland kein fester ist und sich das betreffende Gebiet immer mehr nach Westen ausdehnt. Ohne soziale Hilfe muss das russische Judentum zugrunde gehen und nur die Hoffnung auf Wiedergeburt erhält es am Leben. Vor allem müssen die Kinder gerettet werden. Wenn die Zahl der in den Städten Sowiet-Russlands lebenden Juden mit dreieinhalb Millionen angegeben wird, so ist auch damit die Zahl der Hungernden festgestellt, da es keinen einzigen gibt, der nicht hungert. Viele Elemente haben sich der Landwirtschaft zugewendet. Wenn auch der Boden nationalisiert ist, so ist doch die freie Arbeit nicht verboten. Es besteht also die Mög- ...eit der Hilfe, man muss nur den Juden die nötigen ...beschaffen, damit sie sich mit der Landwirt- ...äftigen können. Eine weitere grosse Auf- ... Handwerkern die Möglichkeit zur ...

...che Mög- ...ndigkeit ... Kredit- ...erung ... Fort- ...sein ... dass ... kön- ...mmie ...ie Be- ...ulen ... die Ar- ...ogen des

...ine refe- ...ches Re- ...uge wie- ... häufige ...richter- ...urde ...en, ...r ...e- ...e ...r ...d

sein. (Das ganze von Ing. Temkin vorgebrachte Material von Dokumenten, Befehlsabschriften und dergl. wird in französischer, englischer und deutscher Sprache als Schwarzbuch erscheinen.)

Minister Soloweitschik berichtet über die Verhältnisse in Litauen. Er fasst sich kurz, da ein genauer Bericht über die dortigen Arbeiten dem Sekretariat übergeben worden sei. Litauen, das vor kurzem nur aus dem Gouvernement Kowno und dem nördlichen Teil Suwalki bestand, steht auf Grund des Friedensvertrages mit den Bolschewisten in nächster Zeit grösserer Gebietszuwachs bevor, wodurch auch die Zahl der Juden bedeutend zunehmen wird. Die Repatriierung der nach Russland entführten 100,000 Juden hat bereits begonnen und stellt Litauen vor eine grosse Aufgabe. Der Jüd. Nationalrat, der politische Führer der litauischen Judenheit, hat aus seiner Mitte ein Organ für Hilfsarbeit gebildet, in dessen Hand die ganze Arbeit zentralisiert ist. Diese Zentralisierung dürfte überall von allergrösster Wichtigkeit sei.

Am Schlusse des ersten Verhandlungstages gab Dr. Nathan Birnbaum, Delegierter der Agudas Jisroel eine Erklärung ab, in der er Protest erhob, dass das Organisationskomitee, trotz mehrfacher brieflicher Aufforderungen und Einsprüche seitens der Agudas Jisroel weder den verlangten Delegierten zugestanden, noch eine ganze Reihe von der Agudas Jisroel bezeichneten orthodoxen Hilfsorganisationen eingeladen habe. Den Massen des streng gläubigen jüd. Volkes sei dadurch die Möglichkeit genommen, in einer der Zahl und der religiösen und sittlichen Bedeutung der Orthodoxie entsprechenden Anzahl auf dieser Tagung vertreten zu sein. Seine Delegierung seitens der Aguda sei zu dem Zwecke erfolgt, um die Orthodoxie über die Verhandlungen und Entschliessungen der Konferenz zu informieren, ferner aus der Erwägung, dass die Konferenz in die Lage kommen könnte, das vor ihrem Zusammentritt geschehene Unrecht gutzumachen, indem sie die Grundlage schafft, auf der es der Orthodoxie möglich werden soll, für den Fall einer im Anschluss an die Konferenz einsetzenden Hilfstätigkeit, an dieser mit allen Kräften und unter gesicherter Wahrung ihrer Interessen teilzunehmen. Von dem Willen geleitet, diese Möglichkeit herbeizuführen und unter dem Vorbehalt, der durch diese Protesterklärung gegeben ist, wolle er sein Mandat ausüben und die Wahl ins Präsidium annehmen. (Am 2. Verhandlungstage benutzt Dr. Birnbaum die Gelegenheit der Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission, um in der Diskussion nochmals das Vorgehen des Organisationskomitees in der Delegiertenfrage der Agudas Jisroel schärfstens zu kritisieren.)

Auf der 3. Sitzung (Donnerstag Abend) referiert Rabb. Dr. Niemirower, Präsident der Grossloge Bné Brith in Rumänien, über die Lage und die Hilfstätigkeit in Rumänien. Es handle sich um eine Welthilfskonferenz und man solle nicht jedes einzelne Land ins Auge fassen, wenn auch die Not in einem jeden spezifischer Hilfe bedarf, sondern die ganze Judenheit im Auge behalten. Redner zählt sodann eine Reihe rumänischer Hilfsinstitutionen auf, die mit Unterstützung ausländischer jüd. Organisationen geschaffen wurden. Ueber die Verhältnisse in der Bukowina berichtet Dr. Krämer: Es erhebe sich vor allem der Ruf nach einem geordneten Kreditwesen, langfristig und mit westlichen Zinsen, dann werde es möglich sein, die Judenheit neu zu organisieren. Für die Tschecho-Slovakei spricht Prof. Engel. Grosse Geldsummen wurden für die 25,000 Kriegsflüchtlinge aufgebracht. Was die kulturellen Hilfsaktionen betrifft, so haben hier die Sudetenländer ihren besten Erfolg. Es bestehen Schulen und Kinderheimstätten, die vom Staate gefördert werden und in

denen 12,000 Kinder wirklich jüdisch erzogen werden. Wenn nicht nach dem Umsturz ein Jüd. Nationalrat gebildet worden wäre, wäre die Lage der jüd. Flüchtlinge furchtbar gewesen. Für die aus Ungarn nach Prag und Pressburg in grosser Zahl flüchtenden jüd. Studenten sei Hilfe auch von auswärts nötig. Auch für die die Tschecho-Slovakei passierenden Emigranten benötige man dringende Hilfe. Ueber die Lage in der Slovakei referiert Dr. Eisler. Fritz Kaufmann (Deutschland) hätte es für besser gefunden, wenn die Berichte vorher zusammengestellt und die wichtigsten Probleme daraus gruppiert worden wären, sodass eine Art Arbeitskonferenz hätte stattfinden können. Ueber Deutschland wolle er nur kurz berichten. Er bespricht die jüd. Flüchtlingsfrage und deren Regelung in Deutschland und verweist auf die Hilfeleistungen des Arbeitsfürsorgeamtes der jüd. Organisationen. Die Verhältnisse in Oesterreich schildert Anitta Müller. Das allgemeine Elend in Wien sei ja bekannt und da könne man sich leicht das besondere der Juden vorstellen.

Ueber Weiss-Russland, resp. über das Gouvernement Minsk, wo sich zirka 250,000 Juden befinden, berichtet Dr. Churgin. Aus einer Konferenz der zirka 80 jüd. Gemeinden ging ein Nationalrat von Weiss-Russland hervor, auf dem, bis auf die Sozialisten, alle jüd. Parteien vertreten sind. Bis zum bolschewistischen Regime war die Not keine allzugrosse, darauf habe sich jedoch die Lage zum Schlimmen verändert. Redner bespricht des einzelnen die verschiedenen Hilfswerke. In letzter Zeit wurden für alle Zweige der Fürsorge monatlich 4 Millionen polnischer Mark gebraucht, wovon 3 Millionen vom „Joint" kamen.

Vor Schluss der Sitzung wird nach ziemlich erregter Diskussion ein Antrag von Dr. Emil Margulies angenommen, einen Permanenzausschuss zu wählen, da der bisherige 15gliedrige Ausschuss nicht vom Plenum der Konferenz eingesetzt worden ist. Auf Antrag Nomberg wird bestimmt, dass je 5 Personen das Recht haben, einen Vertreter in den Permanenzausschuss zu wählen.

Auf der 4. Sitzung von Freitag Vormittag wird die Wahl des Permanenzausschusses zu Ende geführt, wobei verschiedene Verwahrungen vorgebracht werden, da angeblich die Anzahl der Delegierten der einzelnen Organisationen nicht der Bedeutung dieser Organisationen entspreche. Sodann referiert Dr. Sluzky über die Lage in Bessarabien. Der Wiener Oberrabb. Dr. Chajes bespricht die Verhältnisse in Ungarn. Er wolle keine Vorschläge ökonomischer Natur machen, da es sich hier nicht um materielle Hilfe handle. Man müsse jedoch die öffentliche Meinung der Juden wie auch Nichtjuden gegen diese Schandtaten mobilisieren. Die Juden in Ungarn schweigen und müssen schweigen. Darum halte er es für seine Pflicht, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, damit von hier aus ein Protest an die Welt ergehe. Die ganze zivilisierte Welt müsse erfahren, was in Budapest geschieht. Es pflege sonst wenigstens Protestkundgebungen zu geben, aber über Ungarn schweigen auch die Juden, da sie gar nicht wissen, was dort vorgeht. Auch Dr. Goldmann wisse darüber zu berichten. Was in Ungarn geschieht ist eine Hölle. Es ist an der Zeit, die Länder durch ihre hier sich befindenden Vertreter auf diese schrecklichen Leiden aufmerksam zu machen. Sodann geht Dr. Chajes auf ein Land mit ganz anderen Verhältnissen über und zwar auf Italien. In Triest wird in grosszügiger Weise für die Kinder gesorgt. Am wichtigsten ist jetzt dort die Sorge für die Emigranten. Triest allein kann die Arbeit nicht leisten und ersuche um Unterstützung. Zum Schlusse ergänzt Dr. Chajes noch die Ausführungen von Frau Anitta Müller über die Kriegsflüchtlinge in Oesterreich. Oberrabb. Dr. Ehrenpreis warnt vor einem Proteste wie ihn Dr. Chajes vorgeschlagen habe, da ein solcher Protest, für die Protestierenden sehr harmlos, für die, für welche protestiert wird, mit schweren Folgen verbunden zu sein pflegt. Dr. Chajes erklärt, dass er nicht einen Protest beantragt habe, sondern es sich für ihn nur um die Aufklärung der öffentlichen Meinung in den einzelnen Ländern durch die Konferenzteilnehmer gehandelt habe. Motzkin erklärt, dass sicherlich eine jüd Konferenz nicht auseinandergehen könne, ohne gegen die Verfolgung der Juden Protest zu erheben, worin niemand einen Eingriff in die Politik erblicken könne. Aber ein solcher Protest dürfe nicht improvisiert werden. Eine entsprechende Resolution wird namens des Präsidiums gegen die Vorkommnisse in der Ukraine und in Ungarn vorgeschlagen werden und dürfte sich sicherlich niemand von diesem Proteste ausschliessen.

Namens der Mandatskommission erstattete Prof. Sobernheim den Bericht, wonach 15 der angemeldeten Delegierten nur das Beratungsrecht und nicht das Stimmrecht zuerkannt werden soll, da sie im Verhältnisse zur Grösse ihrer Organisationen in allzugrosser Zahl erschienen sind. Nach längerer erregter Diskussion wird der Antrag der Mandatskommission angenommen, sodass die 15 angezweifelten Delegierten nur beratende Stimme haben.

Auf der 5. Sitzung von Freitag Nachmittag berichten Salzmann über die Lage in Kanada, Schwak (Marseille) über die Lage in Frankreich, Dr. Reissner über die Türkei, Dr. Cohen über die Verhältnisse in Holland, Prof. Simonsen über Kopenhagen. Den Bericht Rabb. Dr. Littmanns über die Schweiz, die durch Dr. Littmann und Louis Wyler namens des Schweiz. isr. Gemeindebundes und Dr. Littmann und Saly Harburger namens des Komitees für notleidende jüd. Auslandskinder vertreten ist, werden wir ausführlicher in unserer nächsten Nummer veröffentlichen. Dr. Klee teilt die Konstituierung des Permanenzausschusses mit, der besondere Kommissionen für die Emigrationsfrage, Fürsorgetätigkeit im engeren Sinne (Kinder, Jugend, Kranke und Greise, alles was man unter dem Schlagwort „schnelle Hilfe" zusammenfassen kann), Aufbau (Berufsumschichtung, Arbeitshilfe, Rohstoffversorgung, Kooperative) u. Finanzen u. Organisation bestimmt. Da Sonntag Vormittags sämtliche Kommissionen tagen sollen, werden die Plenarsitzungen für Sonntag Nachmittag vertagt.

Auf den weiteren Sitzungen hat, wie uns telegraphisch berichtet wird, Sokolow in seiner Ansprache auf die grossen Hoffnungen, die die jüd. Massen auf die Hilfskonferenz setzen, hingewiesen und einen Aufruf vorgeschlagen, zu Gunsten einer jüd. Besteuerung für Volksrettungszwecke. Die Reihe der Landesberichte wurde nach Referaten von Myer über England, Safaranas über Griechenland, Berger über Wilna und Kogan über Skandinavien abgeschlossen, und die Generaldebatte mit dem Referat Salkinds über die Formen der Schnellhilfe eingeleitet.

Resolutionen der Zion. Jahreskonferenz.

(Fortsetzung.)

Beschlüsse der Kommission für nationale Arbeit in der Diaspora.

1.) Die Zion. Jahreskonferenz billigt die von der Londoner Zion. Konferenz vom Februar 1919 und von verschiedenen Landesverbänden ergriffene Initiative zur Schaffung eines Institutes zur Vertretung der bürgerlichen, politischen und nationalen Emanzipation vor der Friedenskonferenz. Im Einklang damit begrüßt die Jahreskonferenz die früheren Aktionen zugunsten der Schaffung des amerikanischen jüd. Kongresses, der Ukrainischen National-

versammlung, der polnischen Vorkonferenz, der verschiedenen Nationalräte, Nationalverbände, die die Arbeit vor der Friedenskonferenz vorbereitet hatten. 2.) In Fortsetzung dieser Initiative beschließt die Konferenz, die Zion. Org. soll dahin wirken, daß eine alljüdische interterritoriale Institution geschaffen werde, welche dazu dienen soll, auf internationalem Wege, insbesondere aber vor dem Völkerbund die bürgerlichen, politischen und die nationalen Rechte in den Ländern, wo solche aus politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen notwendig sind, zu realisieren, zu schützen und weiter auszubilden. In diesem Sinne soll die Zion. Org. den Beschluß des Komitees der Jüd. Delegationen wegen Schaffung eines Waad Haarazoth auf demokratischer Grundlage unterstützen.

Thesen der Palästina-Kommission.

Sub-Komitee für Immigration.

These 1. Die Organisierung und Leitung der Einwanderung nach Palästina obliegt der Einwanderungszentrale, die sofort in Palästina einzusetzen ist, und den Landespalästinaämtern. Die Zentrale kann an wichtigen Hafenplätzen Hafenämter errichten und nach Bedarf einzelnen Landespalästinaämtern zentrale Aufgaben zuweisen. These 2. Die Leitung der Landespalästinaämter obliegt einer Kommission. Diese soll bestehen aus Vertretern, die das Zionistische Landeskomitee und alle in dem betreffenden Lande organisierten zionistischen Sonder-Verbände und zionistischen Fachorganisationen der Palästina-Auswanderer gemäß ihrer Stärke zu wählen haben. Die Kommission der Landespalästinaämter führt deren Arbeit nach den von der Zionistischen Weltorganisation beschlossenen Prinzipien und nach den Weisungen der Immigrationszentrale der Zionistischen Organisationen. Die Arbeit der Palästinaämter soll nach Ressorts geteilt werden. In jenem Ressort, welches die Organisierung und Vorbereitung der Arbeiterelemente für Erez Israel einschließlich der Chaluzim bearbeitet, sollen diejenigen Arbeiter- und Fachorganisationen vertreten sein, die sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigen. Die Beschlüsse des Arbeiterressorts unterliegen so wie jene aller anderen Ressorts der Entscheidung der leitenden Kommission. Es ist wünschenswert, daß die Landespalästinaämter jene jüdischen Gemeinden, Körperschaften und Gruppen, die sich an der Palästinaarbeit beteiligen wollen, zur Mitarbeit heranziehen. These 3. Jene Einwanderer, die als für den Aufbau Palästinas nötig befunden werden und außerstande sind, die Reisespesen voll aus eigenem zu decken, sollen von den Einwanderungsämtern Darlehen erhalten. Die hierfür nötigen Fonds hat die Leitung zur Verfügung zu stellen. These 4. Zwecks Durchführung der Liquidation des Vermögens der Auswanderer und aller mit der Auswanderung zusammenhängenden Finanzoperationen sollen in den wichtigsten Auswanderungsländern Finanzinstitute im Zusammenwirken mit den zionistischen in Palästina tätigen Finanzinstituten begründet werden.

Beschlüsse des Subkomitees für Immigration welche der Exekutive überwiesen wurden.

1.) Die Exekutive soll unverzüglich einen mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Emigrationskommissär nach den Emigrationsländern entsenden, der die Organisierung durchführen soll. (Amendement Dr. Hermann). 2.) Budget der Einwanderungsämter: Die Landesämter sind von den ihnen laut These 2.) angeschlossenen Organisationen des Landes zu erhalten; soweit diese nicht dazu imstande sind, werden die Landesämter von der Zentrale subventioniert. Die Kosten der zentralen Agenden werden von der Zentrale gedeckt. 3.) Informationsdienst: Der Informationsdienst der Zentrale hat die allgemeinen Verhältnisse Palästinas, die Arbeitsmöglichkeiten, Stand und Aussichten für Handel, Gewerbe und Industrie evident zu halten und die jüdische Oeffentlichkeit, vor allem die Landesämter, fortlaufend zu informieren. 4.) Die Registrierung der Einwanderungsbewerber ist nach den Weisungen der Zentrale einheitlich durchzuführen und auf jene Kategorien einzuschränken, die laut Information der Zentrale voraussichtlich im nächsten Jahre für die Einwanderung schon in Betracht kommen. 5.) Die Jahreskonferenz beschließt die unverzügliche Errichtung eines Gesundheitsamtes für Emigration als Abteilung des Emigrationsamtes der Zionistischen Organisation. Dieses Gesundheitsamt hat den Zweck, die sanitäre Ueberwachung der jüdischen Emigration nach Palästina durchzuführen. 6.) Der Transportdienst: Die Zentrale soll den Transport der Einwanderer selbst besorgen. Solange sie hierzu nicht imstande ist, kann sie den Transport in technischer Hinsicht Privatgesellschaften überlassen, jedoch steht die Organisierung, Ueberwachung der Transporte und die Fürsorge während der Transporte ausschließlich den Einwanderungsämtern zu. 7.) Politische Maßnahmen: Bei den Regierungen der Auswanderungsländer ist hinzuwirken auf 1.) die Sicherung des Rechtes eines jeden Juden, nach Palästina auszuwandern und 2.) sein ganzes Vermögen mitzunehmen; 3.) die Legalisierung der Auswanderungsorgane.

(Schluss folgt.)

Die Konferenz der Zweiten Internationale.

Genf, 6. Aug. Die Resolution über die Lage der Juden in Polen erneuert den früher schon erhobenen Protest gegen den Antisemitismus, der immer noch in Polen herrscht, und stellt die Forderung auf, dass in allen Ländern, in denen eine grössere Anzahl Juden lebt, wie in Polen, ihnen die volle politische Gleichheit und Freiheit der Ein- und Auswanderung gewährt wird. Der Beschluss nimmt Kenntnis von der Gründung eines national-jüdischen Zentums in Palästina und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die jüd. Arbeiter in Palästina eine sozialistische Republik zu errichten vermögen.

Chronik.

Polen.

— Kriegsminister Lesniewski erliess einen Tagesbefehl, worin angekündigt wird, dass alle Ausschreitungen des Militärs gegen die jüdische Bevölkerung strengstens bestraft werden. Die einzelnen Offiziere sind für das Verhalten ihrer Truppenabteilungen verantwortlich.

— Bei dem in Lemberg weilenden Ministerpräsidenten Witos erschien eine Deputation der Zionisten Ost-Galiziens, bestehend aus Dr. Schreiber, Red. Frostig und Dr. Ornstein, die ihm die gegenwärtige schwierige Lage der jüd. Bevölkerung Ostgaliziens schilderten und insbesondere auf die letzten Judenexzesse in Sokolowka, Zolkiew, Bobrka u. a. ostgalizischen Städtchen hinwiesen und energische Intervention verlangten. Die Deputation führte auch Klage über Internierung von Zionisten und Unterdrückung der zion. Bewegung durch die Unterbehörden in den Provinzstädten.

—Auf Grund von Instruktionen aus Amerika wird die Tätigkeit des „Joint" in Polen zeitweilig eingestellt. Weiter funktionieren soll nur die Abteilung für die Auszahlung der amerikanischen Geldanweisungen. Der die Leitung übernehmende Herr Zucker erklärte allen Beamten, dass vorderhand für sie keine Beschäftigung mehr vorhanden sei und dass sie, insoferne der „Joint" Polen verlassen werde, eine Entschädigung erhalten werden. Er konferierte auch mit dem bei der jüd. Gemeinde bestehenden Hilfskomitee zwecks ev. Uebernahme der Agenden des „Joint".

— Dr. Mlynarski, Leiter der Emigrationsabteilung beim polnischen Arbeitsministerium, erklärte in einem Gespräche, dass die Zahl der zur Auswanderung nach Amerika angemeldeten polnischen Juden mehr als 250 Tausend betrage. Unter normalen Verhältnissen würde der Abtransport etwa ein Jahr beanspruchen, jetzt seien aber dafür 2—3 Jahre nötig.

Ungarn.

Budapest, 7. Aug. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Vorlage über die Erweiterung des Rechtskreises des Reichsverwesers in dritter Lesung angenommen. Abgeordneter Budaveny begründet hierauf seinen Antrag, betreffend die institutive Lösung der Judenfrage in Ungarn. Die Lösung dieser Frage, führt er aus, hätten 90 Prozent der Abgeordneten bei den Wahlen versprochen. Es sei nicht zu leugnen, dass es in Ungarn eine Judenfrage gebe. Die Schuld an dem traurigen Schicksal Ungarns tragen die Juden. Er wolle gegen die Juden keinen Vernichtungsfeldzug führen, er verkünde keinen Pogrom, die Judenfrage müsse anders gelöst werden. Redner beantragt, den Juden in Ungarn Grundbesitz und Grundpacht zu entziehen. Juden dürfen nicht mehr als ein Haus besitzen, überflüssige Wohnräume müssten ihnen abgenommen werden. Juden dürfe ferner keine Niederlassungsbewilligung und kein Bürgerrecht verliehen werden. Die

seit dem 1. Jänner 1914 eingewanderten Juden müssen aus Ungarn abgeschoben werden. Jhr seit dem Kriege erworbenes Vermögen sei zu konfiszieren. Juden dürfen weder Lehrer noch Professoren werden. Private jüdische Lehranstalten seien einzustellen. In jüdischen Händen befindliche Theater- und Lustbarkeitsunternehmungen seien strengstens zu kontrollieren. Juden dürfen keine Theaterdirektoren werden. Es dürfen ihnen keine staatlichen Bauten und Lieferungen übertragen werden. Sechzig Prozent der Fabriksunternehmungen sind den Arbeitern zu übergeben. Rohstoffe dürfen nur Christen erhalten. Juden dürfen keine christlichen Dienstboten halten. Juden dürfen ferner keine Zeitungsunternehmungen leiten. Die Journalisten haben einen Eid hinsichtlich ihrer patriotischen Haltung zu leisten. Juden dürfen nicht Minister, Staatssekretäre, führende Staatsbeamte oder Beamte der Auslandsvertretungen, ferner keine Soldaten und keine Polizeiangestellten sein. Alle Teilnehmer an der bolschewistischen Bewegung und diejenigen, die mit dem Feinde zum Schaden der ungarischen Nation ein Einvernehmen gepflogen haben und für den Bolschewismus agitieren, sind standrechtlich zum Tode zu verurteilen.

Ernährungsminister Stephan Szabo erklärte, dass es in Ungarn tatsächlich eine Judenfrage gebe, er könne jedoch mit den Ausführungen des Vorredners nicht vollkommen übereinstimmen, wiewohl auch er dafür sei, dass der Antrag verhandelt werde. Das Haus beschloss hierauf, den Antrag in Verhandlung zu ziehen. Der Antrag wird seinerzeit vom Präsidenten auf die Tagesordnung gestellt werden.

New-York, 7. Aug. Die ungarischen Juden New-Yorks sind beim Staatsdepartement vorstellig geworden, um die Deportation des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Huszar, der gegenwärtig als Emissär der weissen Regierung Ungarns in den Vereinigten Staaten tätig ist, zu erwirken.

— „Nemzeti Ujsag" berichtet, dass die amerikanischen Juden geneigt sind, der Debrecziner Universität eine Spende von 500,000 Dollars unter der Bedingung zukommen zu lassen, dass die Universität, dem geplanten numerus clausus entgegen, auch Hörer jüdischer Konfession aufnehme.

Oesterreich.

Wien F. Die hiesigen Behörden haben seit einiger Zeit wieder begonnen, die jüd. Flüchtlinge mit Ausweisungserlassen heimzusuchen, wobei man sich ganz merkwürdiger Methoden bedient. So erschienen kürzlich in den Wiener Strassen Plakate, welche die Anforderung der Wohnungen aller jener Ausländer in nahe Aussicht stellen, die wegen Preistreiberei und ähnlicher Delikte mit den Behörden in Konflikt geraten sind. Ganz zum Schlusse und in kleiner Druckschrift wird die Wohnungsanforderung auf alle jene ausgedehnt, welche keine Aufenthaltsbewilligung oder sonst kein Wohnrecht in Wien haben. Die Praxis hat bestätigt, dass es sich um ein neuerliches Attentat auf die Freizügigkeit der jüd. Kriegsflüchtlinge aus dem Osten handelt. Diese erhielten in den letzten Tagen Ausweisungsdekrete und kurz befristete Abschaffungsbefehle mit der Drohung des zwangsweisen Abschubes, und dies zu einer Zeit, wo die Heimat der Kriegsflüchtlinge neuerlich Kriegsschauplatz geworden ist. Es handelt sich hier, entgegen allen gegenteiligen Behauptungen, um unbescholtene und im Erwerbsleben stehende Elemente. Von jüdisch-nationaler Seite ist gegen diese unmenschliche und dem Friedensvertrage widersprechende Verfügung der schärfste Protest eingelegt worden. Abg. Stricker und Gemeinderat Dr. Plaschkes legten beim geschäftsführenden Vizebürgermeister Emmerling Verwahrung gegen die gesetzwidrige Wohnungsanforderung ein. Staatssekretär Dr. Breysky hat auf Grund der Ausführungen des Abg. Stricker eine sofortige Revision des gerügten Verfahrens zugesagt. Auch das Komitee der Jüd. Delegationen in Paris hat sich in dieser Angelegenheit an die österreichische Regierung gewendet. (Siehe „J. P.Z." Nr. 103.)

Deutschland.

Frankfurt a. M. J. S. Der Delegiertentag der Agudas Jisroel Jugend Organisation wurde in Nürnberg am 2. August durch einen grosszügigen Eröffnungsabend eingeleitet, auf dem vor etwa 1000 Zuhörern sprachen: Rabb. Dr. Klein (Nürnberg), Alfred Klugmann (Nürnberg), Siegmund Landau (Fürth), Dr. Fessler (Wien), Dr. Lieben (Prag), Rabb. Dr. Pinchas Kohn (Ansbach), Rabinowitz (Frankfurt) und Rabb. Dr. Munk (Berlin). Die eigentlichen Beratungen, an denen etwa 150 Delegierte aus Deutschland, wie auch dem Auslande (Oesterreich, Tschecho-Slovakei, Litauen, Frankreich und Belgien) teilnahmen, begannen am 3. Aug. Zu Vorsitzenden wurden Rabb. Dr. Klein (Nürnberg) und Rechtsanwalt Dr. Birnbaum (Berlin) gewählt. Sänger (Frankfurt a. M.) erstattete den Geschäftsbericht, nach welchem die Agudas Jisroel Jugendorganisation in Deutschland 80 Gruppen mit gegen 11,000 Mitgliedern zähle. Die Stagnation, die seit Jahresfrist anhält, sei überwunden, ein neuer Aufschwung der Bewegung habe eingesetzt. Dem Geschäftsbericht folgte eine rege Debatte, der sich nachm. die Beratung des Statuts und die Wahlen anschlossen. Zum Sitze der neuen Leitung wurde Köln bestimmt. Vorsitzender ist Leo Munk (Köln), Mitglieder: Max Cohen, Fritz Cohen, Dr. Weger und Leo Rothschild, alle in Köln, Hirsch Cerkin (Leipzig), Joel Sänger (Frankfurt a. M.) und Siegmund Stein (Berlin). Dem Organisationsvorstand steht eine Kommission von drei Damen zur Seite, zur Erledigung der Angelegenheiten der Mädchengruppen. Am 4. Aug. wurde das Erziehungsproblem behandelt. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach noch Meier Levin (Warschau) über die Aguda-Bewegung. Das Erziehungsreferat erstattete Dr. Herz (Fulda). Jakob Rosenheim (Frankfurt) warnte die Jugend vor „Entpolitisierung" und forderte, dass sie neben dem Thauro-Studium sich auch über die Fragen der Gegenwart orientiere. Rabb. Dr. Pinchas Kohn forderte im Anschlusse an eine von hoher Begeisterung getragene Rede von Thekla Feuchtwanger (Berlin) in einer zündenden Ansprache die Mädchen auf, zum Ideale der altjüdischen Mutter zurückzukehren. Den letzten Beratungstag leitete ein Referat von Max Cohen (Köln) über die sozialen Aufgaben der Aguda-Gruppen ein, worin er die Schaffung einer gesetzestreuen Angestellten-Bewegung forderte. Der Delegiertentag beauftragte die Leitung mit der sofortigen Durchführung der Cohenschen Forderung. Sodann wurden die Erez Jisroel Probleme behandelt. Ueber die ideelle Seite der Palästinafrage referierte Rabb. Dr. Klein (Nürnberg), während Dr. Max Oppenheimer (Mainz) die Möglichkeiten der praktischen Betätigung erörterte. Pinchas Kohn (Ansbach) zog scharf gegen die Bezeichnung „Volk" ins Feld und forderte die Bezeichnung „Gemeinschaft". Wereschkewsky und Schemulowitz (Kowno) verlangten die sofortige Schaffung einer grosszügigen Chaluzim-Bewegung. Mit plastischen Worten zeichnete Dr. Fessler (Wien) das Elend im Osten und die Sehnsucht nach Erez Jisroel, worauf die Tagung um 6 Uhr abends durch Rechtsanwalt Birnbaum geschlossen wurde. Im Anschluss daran trat eine aus deutschen und litauischen Delegierten bestehende Kommission zusammen, behufs Schaffung einer Chaluzim-Bewegung.

Die Anfangs August in Fürth tagenden Führer der Esra Gruppen — eine Kinderorganisation auf gesetzes-

treuer Basis — beschlossen, den ideellen Anschluss an die Agudas Jisroel Jugend-Organisation.

England.

— Bei den Debatten über den Friedensvertrag mit der Türkei im Oberhause berührte Lord Wester Wamis auch die Palästinafrage und sagte u. a.: Wir machen in Palästina den Versuch, das Land einer Gemeinschaft zu übergeben, die, sei es durch ökonomische, sei es durch psychologische Gesetze, wie auch durch geschichtliche Beispiele bewiesen hat, dass sie nicht in Freundschaft mit ihren Nachbarn leben könne. Aussenminister Lord Curzon erklärte in seiner Antwort: Lord Wamis ist sehr unzufrieden, dass England das Mandat über Palästina übernommen hat, um dort, bei aller Gerechtigkeit gegen die arabische Majorität, ein nationales Heim für die Juden zu schaffen. Palästina war während der letzten 500 Jahren unter den Türken einer der grössten Skandale der Geschichte und jetzt, wo wir daran gehen, diesen Fehler zu verbessern, wo wir auf Verlangen der dortigen Bevölkerung das Mandat übernehmen, kommt der edle Lord, noch bevor das Mandat veröffentlicht und dem Völkerbund zur Bestätigung vorgelegt wurde, und kritisiert unsere ganze Politik als eine ganz unerhörte Sache. Bei allem Respekt muss ich sagen, dass ich noch nie eine Rede angehört habe, die so leichtfertig, ernste und verwickelte Fragen behandelt hätte und ich kann dem noblen Lord versichern, dass wir in allen Fragen stets an Gerechtigkeit, Frieden, zukünftige Ordnung und Prosperität der Völker gedacht haben.

Palästina.

— Der palästinensische Mitarbeiter der „J.P.Z." berichtet: Der diesjährige 31. Juli wurde in Jerusalem als wirklicher „Sabbath Nachmu" empfunden. Die Ankündigung, dass Sir Herbert Samuel an diesem Samstage die grosse Synagoge besuchen würde, elektrisierte die jüd. Bevölkerung. In der Synagoge selbst wurden grosse Vorbereitungen getroffen. Der Besuch war nur gegen Eintrittskarten gestattet. Die Strassen, die Herbert Samuel mit seiner Begleitung, darunter Oberst Storrs, Bentwich, Nurock u. A. zu Fuss passierte, waren von einer dichten Menge besetzt, die beiderseitig Spalier bildete. Pünktlich um 8 Uhr betrat Samuel die Synagoge. Nach Verrichtung des Morgengebetes und Vorlesung des Thora-Abschnittes durch Rabb. Filosoff in sephardischer Aussprache, wobei die verschiedenen Rabbiner zur Thora „aufgerufen" wurden, wurde Samuel mit „Maphtir" beehrt. Als er mit lauter Stimme den ersten Satz der Haphtorah „Tröste Dich mein Volk" zu verlesen begann, erglänzten Tränen in den Augen aller Versammelten. Alle empfanden diese prophetischen Worte, laut vom Munde des High-Commissioners wiederholt, als wirklichen Trost und günstigen Ausblick in die Zukunft. Auch Samuel bediente sich der sephardischen Aussprache. Nach Verrichtung des Mussaph-Gebetes, verliess der Oberkommissär die Synagoge, der ganzen Gemeinde laut „Sabbath-Schalom" wünschend. Auch auf dem Rückwege drängten sich die Juden selbst auf die Dächer, um Samuel bejubeln zu können, der von dem ihm bereiteten Empfange äusserst gerührt war. Am Jaffaer Tore bildete eine Kompagnie der jüd. Legion die Ehrenwache. Der „Sabbath-Nachmu" des Jahres 5680 wird in Jerusalem unvergesslich bleiben.

Inzwischen setzt Samuel seine Inspizierungsreisen durch das Land fort. Bei seinem Aufenthalte in Jaffa wohnte er auch der Feier anlässlich der Verteilung der Reifezeugnisse im Herzl-Gymnasium zu Tel-Awiw bei. Samuel wiederholte auch hier, dass die Häfen bald geöffnet werden dürften und dass alle, die nach Palästina kommen wollen, um zur Entwicklung des Landes beizutragen, keinen Einreiseschwierigkeiten begegnen werden. In Rischon-le-Zion nahm Samuel an der Feier der Einbringung der ersten Trauben teil. Auch dort besuchte er die Synagoge.

— Die Mitglieder des Waad Aschkenasi überreichten Samuel ein Memorandum, worin es u. a. heisst: Die Jerusalemer Aschkenasische Gemeinde anerkennt den Waad Hair als Vertreter der jüd. Gemeinde für allgemeine Angelegenheiten und beansprucht für sich nur die Fragen, die die inneren Verhältnisse der Aschkenasischen Gemeinde betreffen. Sie hofft, dass die Zeit bald kommen werde, wo alle jüd. Gemeinden in eine verschmelzen werden, aber bis dahin ersucht sie, den Waad Aschkenasi mit Oberrabb. Kook an der Spitze, als Bevollmächtigten der Gemeinde und Leiter ihrer Institutionen anzuerkennen.

— Auf Ansuchen einer Rabbiner-Deputation um Befreiung der jüd. Soldaten vom Militärdienst am Samstag, erklärte Samuel, er würde die Uebungen auf andere Tage verlegen lassen, umsomehr, als auch er bei ihnen häufig anwesend sein möchte.

— Palästina wird von der neuen Verwaltung in zwei Verwaltungsbezirke eingeteilt: Palästina mit Jerusalem und Phönizien mit Haifa als Zentrum.

— Den Hotels, Kaffeehäusern und Klubs wurde der Ausschank aller Arten von Alkohol und Likören verboten.

— Die Lokal Regierung Jerusalems forderte alle Müller auf, ihr bis zum 5. August schriftlich zu berichten, um welchen Preis sie den in ihrem Besitze sich befindlichen Weizen eingekauft hätten und wie hoch sie ihn verkauften.

— Infolge Nichterlegung der geforderten Kaution in der festgesetzten Zeit wurde das Erscheinen einer Reihe von Zeitungen, darunter auch der „Jerusalem Gazette" und „Suriah-al-Ganubiah" seit dem 29. Juli verboten.

Die jüdische Legion.

Laut offiziellem, am 30. Juli in Palästina eingetroffenen, telegraphischen Bericht, bleibt die jüd. Legion, der Gedud, bis zum 31. März 1921 bestehen. Betreffs einer neuen Mobilisierung sind noch keine Nachrichten eingelangt, eine solche steht jedoch, nach den in informierten Kreisen vorliegenden Nachrichten, sicher zu erwarten.

— Am 10. Juli bildete sich in Jerusalem eine Vereinigung der demobilisierten Legionäre. Es wurde ein Komitee gewählt, dessen Aufgabe darin besteht, alle in Jerusalem und Umgebung sich aufhaltenden demobilisierten Legionäre dem Verein zuzuführen, solche Vereine an allen Orten zu gründen, wo es bisher noch keine gibt, mit den bereits existierenden zwecks gemeinschaftlicher Arbeit in Verbindung zu treten und für die verschiedenen Vereinigungen eine Landeszentrale zu schaffen.

— Die Zentrale der Lehrrervereinigung veranstaltet in Jaffa Sommerkurse für Lehrer, die am 24. Ab beginnen und 3 Wochen dauern sollen. Nach Abschluss der Kurse soll eine allgemeine Konferenz der Lehrer Palästinas zusammentreten, deren Tagesordnung demnächst veröffentlicht werden wird.

— Die Plantagenbesitzer von Petach-Tikwah haben von der ICA ein langfristiges Darlehen erhalten, u. zw. 24,000 Pf. für Plantagezwecke und 11,000 Pf. für den Anbau von Luzernen (Klee). Ausserdem hat der Waad der Kolonie ein Darlehen von 22,500 Pf. für Strassenbauten erhalten, an dem der Waad Hazirim mit 15,000 und die ICA mit 7,500 Pf. partizipieren.

— Dr. Alkazir, der 10 Jahre hindurch einen wichtigen medizinischen Posten in Amerika eingenommen hat, wird demnächst in Jaffa ein Krankenhaus für Augen-, Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten eröffnen. Es wird geplant, Zweiganstalten dieses Kran-

kenhauses in mehreren Städten wie Ludd, Ramlah u. s. w. zu errichten. Dr. Alkazir war einer der ersten, der mit der Hadassah nach Palästina gekommenen Aerzte.

Letzte Telegramme.

Aufschub der Aguda Tagung.

Die für den 18. August nach Wien einberufene allgemeine Tagung der Aguda-Weltorganisation wurde verschoben und findet am 24. August in Pressburg statt.

Anschluss der Poale-Zion an die 3. Internationale.

Die Weltkonferenz der Poale-Zion in Wien hat mit 178 Stimmen bei 180 Stimmenthaltungen den Anschluss an die 3. Internationale beschlossen. Nahezu alle Delegierten, die sich der Stimme enthalten haben, haben die Konferenz verlassen, ohne jedoch ihren Austritt aus dem Verband zu erklären und halten separate Beratungen ab, deren Ergebnis noch aussteht.

Empfehlenswerte Firmen in St. Gallen

Reell und billig
werden Sie bedient im
Schuhwarenhaus
CARL BAUMANN
St. Gallen
Neugasse 30, Telephon 26
vis-à-vis May & Co.

HOTEL HECHT, St. Gallen
FAMILIENHAUS ERSTEN RANGES
nächst Theater :—: Stelldichein der Geschäftswelt
BESITZER: A. JOST-BALZER

Neumann's Wiener-Café
Oberer Graben 2 • St. Gallen • Tel. 15.55







PHOTO-EXPRESS
PHOTO-ARTIKEL und APPARATE
Schnell-Bilder. Gut ausgeführte Photos
Ausarbeitung von Amateuraufnahmen
H. WILLEMSE, ST. GALLEN

Damen-Wäsche
Taghemden
Nachthemden
Beinkleider
Untertaillen
Mattinées
Harry Goldschmidt
ST. GALLEN
Auswahlsendungen umgehend

Rapid Transport Co.
ST. GALLEN Internationale Transporte BASEL
ROMANSHORN FRIEDRICHSHAFEN
Englischer Import und Export Verkehr
Agentur der Anglo-Globe Express Manchester, Liverpool, London, Antwerpen, Brüssel, Paris
Expressdienste nach den Kolonien U. S. A. Kanada

A. Scheitlin-Gentsch, St. Gallen
Spezialhaus für Delikatessen - Feine Flaschenweine und Liqueure - Fische und Geflügel



SCHUHHAUS BISCHOFF
ST. GALLEN
Spezialgeschäft für Qualitätsware

E. STÄHELI, JUWELIER
MARKTGASSE 7, ST. GALLEN
ERSTKL. JUWELEN ∴ MODERNER GOLDSCHMUCK ∴ ∴ TAFELSILBER

ALBIN HESS
St. Gallen Telephon 131
ELEGANTES HERREN-MASS-ATELIER
Fortwährend Neuheiten in englischen Nouveautés

E. Rüegg-Perry
TEPPICHE - LINOLEUM
und einschlägige Artikel
St. Gallen Zürich



Occasion-Schreibmaschinen
alle erstkl. Systeme verkauft und vermietet zu sehr günst. Konditionen
FR. BIRMELE
Monarch-Schreibmaschinen ST. GALLEN St. Leonhardstrasse 39

Alfons Stavenik, St. Gallen
KÜRSCHNER
Vertrauensgeschäft für Pelzwaren
Telephon 3249 Neugasse 53

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich